

Die SPD im Wandel der Legislaturperioden

Der unvergessene SPD-Abgeordnete Ottmar Schreiner (†) schrieb am 22.09.2009 einen Brief an seinen Fraktionsvorsitzenden Peter Struck. Ihn trieb die Frage um, wie es wohl dazu gekommen ist, dass den ehemaligen Flüchtlingen aus der DDR, den Ausreisearbeitgebern, den aus politischer Haft Freigekauften ihre FRG-Rentenanwartschaften rückwirkend entzogen worden sind. Er könne sich nicht erinnern, dass der Bundestag eine derartige Entscheidung getroffen habe.

Die SPD war damals an der Regierung beteiligt.

Ottmar Schreiner regte ein gemeinsames Vorgehen mit der Union an. An Peter Struck: »*Vielleicht könntest du ja ein Gespräch mit Volker Kauder führen, welche Möglichkeiten sich die CDU zur Lösung dieser Frage vorstellen kann.*« (22.09.2009).

Der Fraktionsvorsitzende der Union, Volker Kauder, war dazu nicht bereit. Im übrigen: auch später nicht.

In der darauf folgenden 17. Legislaturperiode war die SPD in der Opposition. Auf Initiative von Ottmar Schreiner stellte die SPD – Fraktion den Antrag (**Drucksache 17-5516**), Überschrift: *DDR-Altübersiedler und Flüchtlinge vor Rentenminderungen schützen ...* Der Antrag ist vom damaligen Fraktionsvorsitzenden (und heutigen Bundespräsidenten) Dr. Frank-Walter Steinmeier unterschrieben. Die von der Union dominierte Regierungsmehrheit hat den Antrag abgelehnt, siehe Mitteldeutsche Zeitung vom 27.05.2011. (**Ministerin blockt SPD-Antrag ab**): »*Politische Häftlinge ... freigekauft - mit Summen von bis zu einer Million D-Mark. Wenn man Letztere gegenrechnen, brauche man über zusätzliche Forderungen bei der Rente gar nicht mehr zu reden*«. Sie verkennt, dass die DDR-Flüchtlinge keine zusätzlichen Forderungen stellen, sondern dass es ihnen lediglich darum geht, dass die zu Unrecht gelöschten Rentenentgeltpunkte wieder zurückgegeben werden.

Der Initiative von Ottmar Schreiner ist auch das einstimmige Votum des Bundestages zu der Sammelpetition von 2012 zu verdanken (**Pet 3-16-11-8222-015348 Votum**). Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Petition abgelehnt.

Mit der 18. Legislaturperiode hätte es für die nunmehr an der Regierung beteiligte SPD die Gelegenheit gegeben, ihre Initiativen, die in der 17. Legislaturperiode gescheitert waren, einer rechtsstaatlichen Lösung zuzuführen. Ottmar Schreiner war am 06.04.2013 verstorben. Die SPD war eine andere.

Die Fraktionen der Grünen und der Linken stellten am 25.02.2016 den Antrag 18/7699. Der Text ist wortgleich dem des SPD-Antrages 17/5516. Damit sollte der "gewendeten" SPD ein Spiegel vorgehalten werden.

Der »Rentenexperte« der CDU, Peter Weiß, hat in der zugehörigen Plenardebatte vom 17.03.2017 seine junge SPD-Kollegin vortragen lassen, dass die SPD-Initiativen der vergangenen Legislaturperiode angeblich falsch gewesen seien: (**2016-03-17 Rede Peter Weiß, 161. Sitzung**). Die Union dominiert (wie seit 2005) den kleineren Koalitionspartner. Mit der SPD war seitdem nicht mehr zu kommunizieren.

Aber da gibt es doch die »Übersicht über das Sozialrecht«, ein vom BMAS herausgegebenes Jahrbuch, das regelmäßig aktualisiert wird! Die Ausgabe 2006 trägt die Unterschrift des damaligen Arbeitsministers Franz Müntefering (SPD): (**Übersicht Sozialrecht 2006 Auszug**). Dort ist unter Ziffer 388/389 genau beschrieben, dass die Rentenanwartschaften der DDR-Altübersiedler im Fremdrechten geregelt sind (bleiben). Unter Ziffer 614/615 sind die Regeln für die neuen Bundesländer beschrieben. Eine klare Aussage. Eine klare Trennung zwischen DDR-Altübersiedler und Bürger der beigetretenen DDR.

Es lag nahe, den damaligen Schirmherrn und Bundesminister a.D. Franz Müntefering zu fragen und ihn um Aufklärung und eventuelle Unterstützung zu bitten, siehe (2018-06-23 an Franz Müntefering, BRAGO Bonn). Eine Antwort kam nicht. Auch unter Nutzung diverser unterschiedlicher Adressen konnte ein Erfolg nicht erzielt werden. Schließlich ein Versuch über die Adresse der »Deutschen Gesellschaft«: (2018-10-20 an Müntefering, Deutsche Gesellschaft). Keine Reaktion. Auf mehrere telefonische Nachfragen im SPD-Wahlkreisbüro Herne hin wurde im Auftrag von Franz Müntefering ausgerichtet, man solle ihn nicht mehr belästigen.

Grundgesetz Art.38 (1): **»Die Abgeordneten ... sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.«**